

Mit welchem politischen Projekt kann die SPD breite Schichten mobilisieren?

– Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn

von Michael Vester und Max Reinhardt

1. Einleitung

Die SPD steht nach der Bundestagswahl vor der Frage, ob der zumindest in Teilen wiederhergestellte Konsens der Parteiflügel wieder einseitig aufgekündigt wird. Eine autoritäre Hegemonie eines Parteiflügels aber würde wiederum Wählerinnen und Wähler enttäuschen, die erwarten, auch nach der Wahl mitbestimmen zu können bzw. sozial und ökologisch nachhaltig repräsentiert zu werden. Daher wird an historischen Beispielen wie dem *Godesberger Programm*, dem *Berliner Programm*, der *Agenda 2010* und dem Wahlkampfprogramm der *Grünen* verdeutlicht, wohin im Positiven wie im Negativen integrative und autoritäre Formen von Parteiflügeln führen können.

2. Autoritäres Denken und verspätete Modernisierung von Mentalitäten: der Weg zum Godesberger Programm 1959

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war keine Zäsur hinsichtlich einer obrigkeitlich-staatlich-autoritär eingestellten Mehrheit der deutschen Bevölkerung verbunden. Viele Bundesbürger und vor allem Jugendliche waren weiterhin monarchistisch oder autoritär-national eingestellt. Ihre „gemeinsame Sinnggebung und Orientierung“ war in erster Linie der „Wiederaufbau“ Deutschlands.¹ Ausnahmen waren vor allem Jugendliche aus „christlichen, altkonservativen, sozialistischen oder liberalen“ Familien, für die die „bevorstehende Niederlage“ eine Chance für „eine poli-

tische Umwälzung“ einer neu zu schaffenden, demokratischen Gesellschaftsordnung war.² Die Erwartungen des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher (1945-1952) einer Hegemonie der SPD erfüllten sich trotz ihres moralischen Kapitals durch den Widerstand von Sozialdemokraten gegen die Nationalsozialisten und ihres Kampfes für die Demokratie nicht.³ Das Verhältnis zu den Kirchen entspannte sich in den ersten Jahren nach 1945 nur partiell und zwar vor allem durch die gemeinsamen Erfahrungen mit einigen Theologen im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur.⁴

Die SPD-Rechte war sowohl programmatisch als auch organisatorisch weitaus besser organisiert, so ab 1957 als *Kanalarbeiterriege* mit dem Ziel der „Zerstreuung“ und sozialen Integration der Abgeordneten in geselliger Runde.⁵ Zu den *Kanalemern* zählten in der 3. Wahlperiode von 1957 bis 1961 zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten, so dass sie die SPD-Politik maßgeblich beeinflussten.⁶

2 Zum politischen Denken der jüngeren Generationen siehe Rolf Schörken 1985: *Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines neuen politischen Bewusstseins*, Stuttgart, S. 215. Zusammenfassend zur Kontinuität des autoritären Denkens nach 1945 siehe Max Reinhardt 2011: *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten*, Baden-Baden, S. 522-525.

3 Zu den politischen Vorstellungen von Kurt Schumacher siehe ders. 2004 [1945]: *Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren*, in: Dieter Dowe/Kurt Klötzbach (Hg.) 2004: *Programatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn, S. 290.

4 Zum Verhältnis zu den Kirchen siehe Wilfried Gottschalch 1976: *Veränderungen der Sozialstruktur und Interessenbewusstsein im CDU-Staat*, in: Bernhardt Blanke/F. C. Delius/Tilmann Fichter/Niels Kadritzke/Bernd Rabehl/Ute Schmidt/Georgia Tornow: *Die Linke im Rechtsstaat*, Band 1: *Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965*, Berlin, S. 81.

5 Zu den *Kanalemern* siehe Ferdinand Müller-Rommel 1982: *Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980*, Opladen, S. 161.

6 Zu den *Kanalemern* im Bundestag siehe Johannes Kahrs/Sandra Viehbeck 2005: *In der Mitte der Partei. Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises*, Berlin (abgerufen am 12.06.2013: http://www.seeheimer-kreis.de/fileadmin/user_upload/Papiere_und_Broschueren/Die_Chronik_der_Seeheimer-1.pdf), S. 12 f.

1 Zum politischen Denken der Jugend siehe Rolf Schörken 1990: *Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte*, Opladen, S. 147.

Die SPD-Linke hingegen organisierte sich in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 nicht, sondern bestand aus miteinander locker vernetzten Gruppierungen um Sozialdemokraten wie Peter von Oertzen, Otto Brenner, Wolfgang Abendroth im Bündnis mit (weiteren) linken Gewerkschaftern und außerparlamentarischen Bewegungen wie der Paulskirchenbewegung und die Bewegung *Kampf dem Atomtod*, und blieb vergleichsweise einflusslos. Ihr gemeinsames Ziel war es, die theoretische Position der SPD zu schärfen und sie in einem linkssozialistischen Sinn zu reformieren.⁷

Die SPD entmachtete mit der auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 verabschiedeten Parteireform ihren Parteiapparat und stärkte entgegen der Hoffnung der Altlinken auf eine Demokratisierung der Partei vor allem die Kandidaten in der SPD.⁸ Die Öffnung der SPD mutierte vor allem auf Seiten der SPD-Rechten zu einem Mantra, so als müsste sie sich von einer marxistischen Vergangenheit endlich lossagen und zu einer *catch all party* mit einer Priorisierung der „Führerauslese“ und Umfragewerte der Kandidaten gegenüber „allgemeinen gesellschaftlichen Zielen“ zu werden.⁹

Vor allem der SPD-Rechten nahe stehende Sozialdemokraten wie Willi Eichler, Carlo Schmid, Adolf Arndt, Gerhard Weisser, Karl Schiller und Heinrich Deist haben das *Godesberger Programm* vorgedacht, das die Öffnung der SPD symbolisierte. Tatsächlich war

es das Ergebnis einer jahrelangen praktischen und programmatischen Öffnungsarbeit. Aus Sicht von von Oertzen war das *Godesberger Programm* einseitig auf die parlamentarische Arbeit ausgerichtet, kam „dem selbstständigen Mittelstand“ zu sehr entgegen und war wirtschaftlich zu optimistisch.¹⁰ Die SPD-Linken von Oertzen und Abendroth haben zwar programmatische Alternativentwürfe formuliert, aber nicht zum Parteitag eingereicht. Gegen das *Godesberger Programm* stimmten lediglich 16 Delegierte.¹¹

Die gemeinsame Klammer der SPD-Flügel war die *Arbeitnehmergesellschaft* Willy Brandts mit den Zielen der Chancengleichheit, „humane Arbeitsbedingungen“ und der „Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“.¹² Die SPD-Rechte hatte allerdings bis in die 1960er Jahre hinein in der Partei eine kulturelle und politische Hegemonie erlangt und zwar mit Hilfe von SPD-Linken wie Herbert Wehner, von dem sich von Oertzen und andere SPD-Linke eine programmatische Zusammenarbeit erhofft hatten.¹³

Das *Godesberger Programm* war deshalb ein Erfolg für die SPD-Rechten, weil die Öffnung der SPD zunehmend einseitig als Annäherung an das konservativ-liberale Lager und Hinwendung zur Sozialen Marktwirtschaft ausgelegt wurde. Dabei war der Text, von heute aus genau besehen, durchaus ein linkes Reformprojekt. Aber es kam nicht auf den Text

7 Zur SPD-Linken nach 1945 siehe Jürgen Seifert 1976: Linke in der SPD (1945-1968), In: Bernhard Blanke/F. C. Delius/Tilmann Fichter/Niels Kadritzke/Bernd Rabehl/Ute Schmidt/Georgia Tornow (Hg.): Die Linke im Rechtsstaat, Band 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965, Berlin, S. 236. Ausführlich zur Organisation von Sozialisten in und außerhalb der SPD bspw. in der Redaktion der SoPo siehe Gregor Kritisidis 2008: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.

8 Zur Organisations- und Programmdebatte siehe Peter von Oertzen 1996 [1984]: Die „wahre Geschichte“ der SPD. Zu den Voraussetzungen und Wirkungen des Godesberger Programms, Pankower Vorträge, Heft 4, Berlin, S. 26.

9 Zum Charakter der *catch all party* siehe Otto Kirchheimer 1968 [1965]: Der Weg zur Allerweltpartei. In: Kurt Lenk und Franz Neumann (Hg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied am Rhein und Berlin, S. 364.

10 Zur SPD und ihr Verhältnis zum Sozialismus und Marxismus siehe Peter von Oertzen 1984: Für einen neuen Reformismus, Hamburg, S. 146.

11 Zur Öffnung der SPD und zum *Godesberger Programm* ausführlich siehe Helga Grebing 2007: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin, S. 129-158; zu den Alternativentwürfen zum *Godesberger Programm* siehe auch Helga Grebing 2000 [1969]: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, In: dies (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus ff Katholische Soziallehre ff Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen, S. 450.

12 Zu den Zielen der *Arbeitnehmergesellschaft* Willy Brandts siehe ders. 1974: Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg und ausführlich zu den Parteiflügeln siehe Reinhardt 2011, S. 52-54.

13 Zu Herbert Wehner und seine Rolle in der Programmdebatte siehe Dieter Dowe (Hg.) 1996: Herbert Wehner (1906 ff 1990) und die deutsche Sozialdemokratie. Referat und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 23. September 1996, Bonn, S. 48; aus kritischer Perspektiver gegenüber Wehner siehe Kritisidis 2008, S. 431-441

an, sondern auf die symbolische Wirkung. Es schien so, als wäre eine linke SPD nicht mehrheitsfähig und ihre einseitige Öffnung der richtige Weg, die Bundestagswahlen zu gewinnen. Jedoch waren die Schlussfolgerungen daraus, die SPD müsse sich vor allem gegenüber den konservativeren, weniger progressiven sozialen Milieus öffnen fatal, denn hier wurde der Keim für den späteren Verlust der wachsenden progressiv eingestellten sozialen Milieus gesetzt, zumal sich viele linke, auch sozialistische Sozialdemokraten weiterhin in der SPD engagierten.¹⁴

3. Autoritäre und integrative Hegemonie: der Weg zum Berliner Programm 1989

Die SPD-Führung, ihr voran vor allem Herbert Wehner als stellvertretender SPD-Vorsitzender (1958-1973), trennte sich von Sozialisten (Beispiel SDS), die ihrer Ansicht nach ihren Öffnungskurs gefährdeten.¹⁵ Die SPD-Führung konnte aber die Linksentwicklung in den Nachwuchsverbänden nicht von oben blockieren, wie die Geschichte des *Sozialdemokratischen Hochschulbunds* (SHB)¹⁶, der *Jungsozialisten* (Jusos)¹⁷ und der *Falken*¹⁸ zeigen. Vermutlich hat diese Linksentwicklung der Nachwuchsverbände bis zur Entstehung der *Grünen* ab 1979/1980 eine Gründung einer Partei links von der SPD verhindert.¹⁹ Erheblichen Anteil daran hatte auch Brandt,

dem es gemeinsam mit anderen, der Protestgeneration aufgeschlossenen Sozialdemokraten gelang, die jungen, kritisch eingestellten Menschen zu integrieren und ihre Forderungen aufgriff (*Mehr Demokratie wagen*), statt sie auszugrenzen.²⁰

Mit dem deutlichen Zuwachs an jungen SPD-Mitgliedern organisierte sich die SPD-Linker seit Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre in der Partei im *Frankfurter Kreis* und in der Bundestagsfraktion in der Gruppe der 16. Etage bzw. im *Leverkusener Kreis*.²¹

Zwar gelangen der SPD-Linken in den 1970er Jahren programmatisch und personalpolitisch einige Abstimmungserfolge auf Parteitag. Jedoch konnten sie die Gründung der *Grünen* langfristig nicht verhindern, vor allem weil Helmut Schmidt den Integrationskurs von Brandt nicht fortsetzte. Die SPD vertrat sozial-, umwelt- und außenpolitisch immer weniger die Positionen der jüngeren Generationen. Zudem repräsentierte sie kaum noch ihren radikal- und basisdemokratischen Anspruch, der dann bei den *Grünen* mit Rotationsprinzip und der Unvereinbarkeit von Partei- und Parlamentsmandat politisch gelebt wurde. Die 1980er Jahre waren die Hochzeit der SPD-Linken, weil das Druckmittel der Loyalität zur Sozialliberalen Koalition entfiel und die Konkurrenz der *Grünen* auch manchen eher konservativ eingestellten Sozialdemokraten wie die Geschäftsführerin der SPD Anke Fuchs (1987-1991) oder den SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel (1987-1991) von der Notwendigkeit einer reformorientierteren Politik überzeugte. Die Spd-Linker erreichte ihre kulturelle und politische Hegemonie, die sich auch im *Berliner Programm 1989* ausdrückte, das entschiedener als das *Godesberger Programm* eine ökologische Wende und Neuordnung von Wirtschaft und

14 Zur Geschichte der Öffnung der SPD siehe Grebing 2007, S. 139-158; zur Arbeit der SPD-Funktionäre im Ruhrgebiet siehe ausführlich Niethammer 1983; Niethammer/Plato 1985; zum Beitritt von Protestanten zur SPD siehe Michael Klein 2005: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963, Tübingen 345 f.

15 Zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen 1961 siehe Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker 2007: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Essen, S. 111-114.

16 Zum SHB siehe Willy Albrecht 1994: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn, S. 373-383; 446-472.

17 Zu den Jusos siehe Karlheinz Schonauer 1982: Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn, S. 137.

18 Zu den *Falken* siehe Wolfgang Uellenberg/Günter Rütz 1980: 75 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland 1904-1979. Jugendpflege ff Sozialistische Erziehung ff Politischer Kampf, Köln, S. 96.

19 Zur Einheit der parteipolitischen Repräsentation durch eine linke Arbeitnehmerpartei siehe Reinhardt 2011, S. 48-100.

20 Zum Integrationskurs von Willy Brandt siehe Grebing 2007, S. 176.

21 Zur Gründung der SPD-Faktionen siehe Ferdinand Müller-Rommel 1982: Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980, Opladen.

Gesellschaft forderte. Die SPD war auf der Höhe der Zeit und zu einem Bündnispartner der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung geworden. Auch dadurch konnte sie ein weiteres Erstarben der *Grünen* vorläufig verhindern.²²

4. Von der wirtschaftsliberalen Wende in den 1990er Jahren bis zum Wahlprogramm der SPD 2013

Die SPD-Linke verlor in den 1990er Jahren nicht nur ihre Hegemonie in der SPD, sondern geriet immer mehr in die Defensive.²³ Für viele ostdeutsche Sozialdemokraten waren sozialistische Alternativmodelle diskreditiert. Die SPD vertrat zunehmend wirtschaftsliberale Positionen, auch weil es gelang, linke Gesellschaftsordnungsvorstellungen „semantisch zu enteignen“²⁴ und umzudeuten. Die SPD-Rechte kämpfte für eine Revision des *Berliner Programms* und für einen (erneuten) Abschied von einer vermeintlich sozialistischen Vergangenheit. Parallelen zur Entstehung des *Godesberger Programms* hierbei sind augenfällig. Die SPD-Rechte wollte sich tatsächlich von linksreformerischen Zielvorstellungen verabschieden, was sie innen-, außen-, sozial- und wirtschaftspolitisch auch erreichte – trotz des Zwischenspiels von Oskar Lafontaine als SPD-Vorsitzenden (1995-1999), der mit Unterstützung vor allem der SPD-Linken gegen Scharping gewählt worden war und zumindest sozial- und wirtschaftspolitisch einen linksreformerischen Kurs vertrat. Die SPD gewann den Wahlkampf 1998 auch deshalb so deutlich, weil sie sowohl traditionelle und modernisierte ArbeitnehmerInnenmilieus als auch kleinbürgerliche soziale Milieus und *Neue Manager* für sich mit dem Slogan Innovation

und Gerechtigkeit mobilisieren konnte. Mit dem Rücktritt von Lafontaine als Finanzminister und SPD-Vorsitzendem jedoch setzte sich die SPD-Rechte, oftmals mit autoritärem Verhalten, durch. Die *Agenda 2010* wurde verabschiedet und führte aufgrund ihrer unausgewogenen Sozial- und Wirtschaftspolitik zu zahlreichen Wahlniederlagen. Die Gründung der Partei Die Linke 2007 und das 2009 mit 23 Prozent schwächste Ergebnis der SPD bei einer Bundestagswahl war eine Folge der Deregulierungspolitik, die zur Destabilisierung des Finanzmarktes und zur Prekarisierung eines Teils der ArbeitnehmerInnenmilieus geführt hat. Maßgeblich getragen worden war diese Politik von den SPD-Rechten, also den *Seeheimern* und dem neu gegründeten *Netzwerk Berlin*, das von individualistisch und karriereorientiert eingestellten jungen Bundestagsabgeordneten 1999 gegründet worden war. Die Nachfolgeorganisationen des *Frankfurter Kreises*, *Demokratische Linke 21*, und des *Leverkusener Kreises*, *Parlamentarische Linke*, hatten diese Politik nicht verhindern können, auch weil zahlreiche ehemalige SPD-Linke zu wirtschaftsliberalen Sozialdemokraten konvertiert waren.²⁵

Die Annahme, Steinbrück sei aufgrund seiner Medienkompetenz ein besonders geeigneter Kandidat erwies sich nach seiner Nominierung durch die SPD 2013 als Irrtum. Die SPD-Linke wurde als programmatischer Ideengeber gebraucht. Die SPD verabschiedete ein linkes Wahlprogramm mit Forderungen nach Finanzmarktregulierungen und Teilrevisionen der *Agenda 2010*. Dem Wahlkampfprogramm und -team, bestehend aus *Agenda 2010*-Verteidigern wie Steinbrück und Steinmeier sowie -Kritikern wie Klaus Wiesehügel (Vorsitzender IG BAU) und Florian Pronold, fehlt aber eine gemeinsame Klammer einer Integrationsprogrammatisierung.²⁶

22 Zur SPD-Linken in den 1970er und 1980er Jahren bis zur Verabschiedung des *Berliner Programms* siehe Reinhardt 2011, S. 69-109.

23 Zur Entwicklung der Klassenpräferenzen in Ost- und Westdeutschland siehe Tilo Göril 2007 [2005]: *Klassengebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland*. Eine empirische Untersuchung, Baden-Baden.

24 Zur semantischen Enteignung siehe Christoph Butterwegge 2006 [2005]: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden, S. 127.

25 Zur SPD seit den 1990er Jahren siehe Reinhardt 2011, S. 109-176.

26 Zur Lage der Parteien und der SPD vor der Bundestagswahl siehe Bettina Gaus: *Wen wählt Ihr eigentlich?*, In: taz online, (abgerufen am 12.06.2013; <http://www.taz.de/117208/>).

5. Der keynesianischer Weg aus der Krise

Die Wahl- und Regierungsprogramme der SPD haben nach Brandts *Arbeitnehmergesellschaft* weitgehend nur noch den Charakter von Spiegelstrich-Listen. Ihr gesellschaftspolitischer Zusammenhang ist nicht klar, und sie stehen unter Finanzierungsvorbehalt, wobei höhere Staatsanleihen und Besteuerungssätze weitgehend tabu bleiben. Der Haushalt ist ein Nullsummenspiel: Wird Geld von oben nach unten verteilt, so ist es verloren.

Volkswirtschaftlich ist dies ein Armutszeugnis. Wenn Staatsausgaben richtig eingesetzt werden, dann sind sie nicht Verluste, sondern Investitionen, die im Effekt mehr Werte schaffen.

Mit dem Druck der Krise wächst der Ruf nach integrierten Konzepten. An Initiativen dazu hat es nicht gefehlt. Als 2011 die Finanzkrise wieder eskalierte, betonte Helmut Schmidt, der bei dem Keynesianer Karl Schiller in die Schule gegangen war, die Staatsschulden seien nicht der Kern des Problems. Die tieferen Ursachen der Schwäche der Schuldnerländer lägen in der Realwirtschaft, vor allem in den gigantischen Überschüssen der deutschen Leistungsbilanz. Das sei „vielen anderen europäischen Regierungen und auch der öffentlichen Meinung in diesen Ländern zu Recht ein Dorn im Auge.“ Deutschland exportiere nicht zu viel, es importiere zu wenig. Helfen könne nur eine Belebung der Binnenachfrage in Deutschland und eine Art Marshallplan zur Belebung von Wachstum, Arbeitsplätzen und Nachfrage in Südeuropa.²⁷

Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz warnte: „Sparen macht alles schlimmer“. Er verlangte eine Kehrtwende, insbesondere eine entschiedene Stärkung der Inlandsnachfrage durch höhere Einkommen sowie Investiti-

onen in Bildung, Spitzentechnologien, Dienstleistungen und Infrastrukturen.²⁸

Solche Vorschläge fanden wenig Resonanz. Aber wenigstens wurde an der Oberfläche, finanzpolitisch, reagiert. Die vergrößerten „Rettungsschirme“ der Europäischen Zentralbank schufen seit Ende 2011 eine Atempause durch billigere Kredite an Banken und Staaten. Die Zeitbombe tickte dennoch weiter. Die Rezession in Südeuropa wurde verschärft durch die erzwungene Austeritätspolitik, die überall die Staats- und Konsumnachfrage dämpft. An der Südperipherie stieg die allgemeine Arbeitslosigkeit über 20 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent.

Allmählich zeigt sich die europäische Politik beunruhigt von dem – einstweilen noch auf Südeuropa konzentrierten – drastischen Akzeptanzverlust der etablierten Parteien und den Protestbewegungen einer Jugend, die hochqualifiziert ist, aber keine Zukunft hat.

Die Debatte über einen Richtungswechsel geht vor allem von linken Keynesianern wie Galbraith und Flaßbeck sowie den Nobelpreisträgern Stiglitz und Krugman aus. Die Stärke der linken Keynesianer ist, dass sie das Problem der makroökonomischen Ungleichgewichte mit politisch wirksamen institutionellen Regulierungen zusammendenken. So können sie die Lösung wirtschaftlicher Gleichgewichtsprobleme mit der Lösung sozialer Gerechtigkeitsprobleme zur Deckung bringen. Dies war die Erfahrung des amerikanischen New Deal und des skandinavischen Wohlfahrtsstaates.

²⁸ Carmen Pérez-Lanza/Joseph Stiglitz 2011: también se indigna - El premio Nobel, de visita profesional en Madrid, acude a la asamblea del 15-M, In: El País 26.07.2011, S. 14 ; zur Kritik von Stiglitz am Sparkurs siehe auch sueddeutsche.de 11.04.2012: Ökonom Stiglitz zur Schuldenkrise: „Sparen macht alles schlimmer“ (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/joseph-stiglitz-im-interview-sparen-macht-alles-schlimmer-1.1329179>).

²⁷ Anna Slegers 2011: „Die sollen sich nicht so aufspielen“ - Altkanzler Helmut Schmidt mahnt in der Eurokrise mehr Taktgefühl Deutschlands an, In: Frankfurter Rundschau 26.08.2011, S. 16.

Stiglitz versteht die jetzige Krise nicht als vorübergehend, sondern als grundlegende Strukturkrise, die zudem mit der Verschiebung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft in die neuen Industrieländer verbunden ist. Stiglitz hat diese Diagnose, mit einer internationalen Expertengruppe, schon 2009 vorgelegt. Danach beruhen die „strukturellen Ursachen“ der Krise auf einem „allgemeinen Absinken der Gesamtnachfrage“ und nicht nur einer unzureichenden Regulierung des Finanzsektors. „Die allgemeine Nachfrageschwäche ging der Finanzkrise voraus und beruhte auf strukturellen Veränderungen der Einkommensverteilung. Seit 1980 stagniert in den meisten fortgeschrittenen Ländern das mittlere Arbeitseinkommen und haben, zum Vorteil der hohen Einkommen, die Ungleichheiten zugenommen.“ Vorgeschlagen wird, „diesen Trend in der Verteilung umzukehren und dadurch zu einer mittel- und langfristig selbsttragenden Gesamtnachfrage beizutragen“. Gefordert wird eine Zukunft, in der „Wachstum nachhaltiger und umweltfreundlicher ist und in der seine Früchte auf gerechtere Weise verteilt werden.“²⁹

Erreicht werden soll dies durch eine Erhöhung des fiskalischen Stimulus und der staatlichen Intervention, verbunden mit langfristigen Entwicklungsstrategien. „Wünschenswert sind Investitionen in neue Umwelt- und Energietechnologien, aber auch Ausgaben, die auf den Abbau von Ungleichheit zielen oder auf die Erhöhung des Humankapitals (Bildungs- und Gesundheitsreform).“ Zu einem nachhaltigen Wachstum und höherer Beschäftigung sollten „die Verallgemeinerung einer universellen Gesundheitsvorsorge und Bildungsversorgung“ und eine Rückkehr zu einer soziale

Unterschiede ausgleichenden Sozialversicherung beitragen.³⁰

Finanziert werden soll dieser Kurswechsel zu einem ökologischen Wohlfahrtsstaat durch die Rückkehr zum Prinzip der progressiven Besteuerung insbesondere hoher Einkommen, flankiert durch eine internationale Zusammenarbeit zur „Vermeidung von Steuererwerb, Lohndämpfung und Sozialdumping, der modernen Versionen der Politiken des ‚Beggar-Thy-Neighbour‘ (Anm. der Verf.: ‚Plündere Deinen Nachbarn‘), die in den 1930er Jahren üblich waren.“³¹

6. Das Revival demokratischer Partizipationsbewegungen

Es ist kein Zufall, dass sich Stiglitz den Bewegungen, die seit 2011 weltweit einen Systemwechsel verlangen, zugewendet hat:

„Die Protestbewegung, die im Januar in Tunesien begann und sich anschließend auf Ägypten und Spanien ausbreitete, ist jetzt global geworden, wobei der Protest auch die Wall Street und die Städte der USA erreicht hat. Globalsierung und moderne Technologie erlaubt den sozialen Bewegungen heute, Grenzen ebenso schnell zu überspringen wie dies Ideen können. Und der soziale Protest ist überall auf fruchtbaren Boden gefallen: ein Gefühl, dass das ‚System‘ gescheitert ist, und die Überzeugung, dass selbst in einer Demokratie der elektorale Prozess die Dinge nicht zurechtrücken kann – wenigstens nicht ohne starken Druck von der Straße.

Sie haben Recht, dass etwas mit unserem ‚System‘ nicht stimmt. Überall in der Welt haben wir ungenutzte Ressourcen – arbeitswillige Menschen, stillgelegte Maschinen, leerstehende Gebäude – und ein gewaltiges unbefriedigtes Bedürfnis, die Armut zu be-

29 Jean-Paul Fitoussi/Joseph Stiglitz 2009: The Ways Out of the Crisis and the Building of a more Cohesive World, Document de travail OFCE 17, (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>). Die übersetzten Passagen stammen von Michael Vester und sind auch enthalten in: Martin Allespach/Martin Bartmann 2011: Einführung. Dimensionen eines gesellschaftspolitischen Kurswechsels – Überlegungen zu gewerkschaftlichen Zielen und ihren Durchsetzungsstrategien, in: WSI-Mitteilungen 12/2011, S. 622.

30 Ebd.

31 Ebd.

kämpfen, die Entwicklung voranzubringen und die Ökonomie angesichts der globalen Erwärmung umzustellen ...“³²

Die Rückkehr partizipatorischer Bewegungen auf die historische Bühne signalisiert, dass es nicht allein um Umverteilung geht. Die spanische Bewegung *15M*, die am 15. Mai 2011 begann, ist immer noch in mehr als sechzig Städten aktiv und entwickelt sich zu einer dauerhaften Bewegung. Ihr Manifest „*Democracia Real Ya!*“ (Echte Demokratie, jetzt!), fordert „die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger durch direkte Kanäle“ statt über die korrupte Zwei-Parteien-Oligarchie, um das gegenwärtige System der „Anhäufung von Geld“ zu beenden, „das die Effizienz und die Wohlfahrt der Gesellschaft missachtet, die Ressourcen vergeudet, den Planeten zerstört und Arbeitslosigkeit und unglückliche Konsumenten erzeugt.“³³

Die Rückkehr der Bewegungen wurzelt in dem tieferen Wandel der Alltagskultur und der sozialen Strukturen. Dieser wird weltweit von einer neuen, gut ausgebildeten Generation repräsentiert, denen die neoliberale Politik die Partizipation an Wohlfahrt und Politik verweigert.

Stiglitz hat diese Bewegungen mit 1848 und 1968 verglichen.³⁴ Manche halten diese Einschätzung für voreilig. Wer näher hinsieht, kommt aber nicht daran vorbei, dass 1848 und 1948 nur die Kumulationspunkte viel längerer Bewegungsschübe waren. Der Märzrevolution von 1848 ist seit 1840 der „Vormärz“, ein ungeheurer Aufschwung sozialer und intellektueller Bewegungen, vorausgegangen, und „1848“ hat trotz politischer Niederlagen enorme Langzeitwirkung erzielt. Nicht viel

anders war es mit „1968“, das sich seit 1960 angebahnt und nach 1970 den immer noch anhaltenden Wandel zu einer partizipatorischen Zivilgesellschaft signalisiert hat.

Befinden wir uns in einem neuen Vormärz? Anzeichen gibt es seit der Stuttgarter Bewegung von 2010 auch bei uns. Der „Druck der Straße“ hat sich in Südeuropa und auch in verschiedenen unserer Bundesländer durch neue Wahlergebnisse Ausdruck verschafft, die einem „linken Reformismus“ (Robert Castel³⁵) Rückenwind geben könnten. Doch möglicherweise müssen erst neue Schocks ökonomischer, ökologischer oder politischer Krisen eintreten, um den Prozess institutioneller Reformen wieder voranzutreiben.

7. Die Mobilisierungswirkung des Projekts der Grünen

Eine Politik, die Wirtschaftliches und Soziales in einem partizipatorischen Win-Win-Konzept zusammenbringt, geht derzeit von den *Grünen* aus. Elemente dieser Politik gibt es auch bei anderen, aber bei den *Grünen* wurden sie Bausteine eines integrierenden Projekts. Die *Grünen* haben sich, anders als die SPD, frühzeitig personell und politisch von der *Agenda 2010* abgegrenzt, die sie einst mitgetragen hatten. Identifiziert wurden sie ohnehin eher mit ihrem neben der Umweltpolitik wichtigsten Markenzeichen, der zivilgesellschaftlichen Partizipation. Dies trug sie auch, auf der Welle der Bewegung von Stuttgart 21, an die Regierungsspitze in Stuttgart.

Die Bewegung war nicht direkt von den *Grünen* ausgegangen, sondern von den örtlich starken linken und alternativen Milieus, deren langjährige Proteste aber auch erst spektakuläre Resonanz erhalten hatten, als sich nach Krisenbeginn das Meinungsklima vermehrt gegen Arroganz und Privilegien

32 Joseph Stiglitz 2011: Unconventional Economic Wisdom. The Globalization of Protest, (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.project-syndicate.org/commentary/the-globalization-of-protest/german>).

33 echte demokratie jetzt!: manifest 15m, (abgerufen am 12.06.2013: <http://www.echte-demokratie-jetzt.de/manifest/>).

34 Joseph E. Stiglitz 2012: Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.

35 Robert Castel 2011: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg.

der Mächtigen richtete. Die *Grünen*, die seit 30 Jahren viel soziales Kapital in den Gemeindepardamenten Baden-Württembergs aufgebaut hatten, wussten diesen Umschwung des politischen Klimas, der 2011 (nach Fukushima und der Finanzmarktkrise) noch an Kraft gewann, am besten zu nutzen.

Ihr Spitzenpolitiker, Jürgen Trittin, tat ein Übriges, um der SPD Konkurrenz zu machen. Mit dem Rückenwind von Kräfteverschiebungen in der Partei wagte er es, den gordischen Knoten – das neoliberale Finanzierungstabu – zu durchschlagen. Um die sozial-ökologischen Wende zu finanzieren, soll die progressive Besteuerung für Hochverdienende wieder eingeführt werden. Manche befürchten, dass damit die grünen Potentiale verprellt werden, die bei den gut gebildeten und verdienenden Dienstleistenden lägen. Diese Annahme ist nur halb richtig: Gut gebildet – ja, aber durchaus nicht immer gut verdienend und oft von der neoliberalen Politik beruflich und strukturell benachteiligt. Sie arbeiten vor allem in zwei Berufsfeldern:

Einerseits in den modernen Dienstleistungen des Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Sozialwesens und der Infrastrukturen. Sie sind direkt an dynamischen Investitionen in ihren Sektoren interessiert. Denn sie haben unter der neoliberalen Sparpolitik erhebliche Personalkürzungen, Prekarisierungen und Verschlechterungen der Qualität der Dienstleistungen wie der Arbeitsbedingungen hinnehmen müssen.

Andererseits in den fortgeschrittenen Technik- und Informatikberufen. Diese Gruppen sind, wie die Ergebnisse in Berlin zeigen, oft prekarisiert und bilden dann eine wichtige Basis der *Piraten*, auf die nun auch die Linkspartei zugeht.³⁶ Auch bei den modernen mittleren Landwirten gewinnen die *Grünen*

durch eine fachlich kompetente agrarische Wendepolitik an Boden.

Die *Grünen* können damit Fehlentwicklungen korrigieren. Solange bei ihnen bildungsbürgerliche Milieus führend waren, die elitär und neoliberal agierten, konnten sie ihr Potential nur begrenzt mobilisieren. Mit den neuen Humandienstleistungs- und Technikberufen können sie die wachsenden modernen Arbeitnehmermilieus ansprechen, eine neue Bildungsschicht, der der elitär-konservative Habitus der alten Bildungsschicht fremd ist. Sie sind die Söhne und Töchter der Milieus der Facharbeiter und Fachangestellten, die früher die Hochburg der SPD waren. Sie sind die wirkliche Neue Mitte, die die SPD verfehlt hat.³⁷

Durch die Konkurrenz zwischen den Parteien des rot-grünen Spektrums ist die SPD herausgefordert, eigene Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Strömung, die in der SPD die Hegemonie ausübt, kann die jüngeren, modernen und an einer sozial ausgleichenden Politik interessierten Milieus nicht mobilisieren. Dies wird nur möglich sein, wenn die Partei zum Richtungspluralismus zurückkehrt, der ihr zur Zeit Willy Brandts 20 Prozent mehr Stimmen gebracht hat als die 23 Prozent der letzten Bundestagswahl. ■

☞ Prof. Dr. Michael Vester ist Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen.

☞ Dr. Max Reinhardt promovierte an der Universität Hannover mit einer Arbeit über die SPD mit dem Schwerpunkt auf ihre Geschichte seit 1945 unter dem Titel „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

³⁶ Horst Kahrs 2013 (Hg.): Piratenzauber. Über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt, Köln (i.E.).

³⁷ Zur politischen Repräsentation der Neuen Mitte siehe Michael Vester 2000: Gibt es eine „neue Mitte“?, In: spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft Januar/Februar 2000, S. 43-48.